

Johannes Kepler Universität Linz

Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen

SE Weltmacht und Weltorganisation

LVA-Nr.: 138.016

O. Univ.-Prof. Dr. Heribert F. Köck M.C.L., Mag. Margit Hintersteiner

SS 98



Der IGH als Hauptrechtsprechungsorgan der UNO

Name: Dipl.-Ing. Michael Sonntag

Matrikelnummer: 9256713

Studienkennzahl: 101

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	3
<i>Literaturverzeichnis</i>	5
<i>Der IGH als Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen</i>	7
1 Historie des IGH	7
2 Der IGH im Überblick	8
2.1 Rechtsgrundlage	8
2.2 Aufgaben	9
2.2.1 Hauptaufgaben	9
2.2.2 Nebenaufgaben	9
2.3 Zusammensetzung	10
2.3.1 Bestellung von Richtern	10
2.3.2 Richter <i>ad hoc</i>	12
2.3.3 Sonstige Funktionen	13
2.4 Parteifähigkeit	14
2.4.1 Staaten	14
2.4.2 UN-Organe	14
2.4.3 Internationale Organisationen	15
2.4.4 Privatpersonen	15
2.5 Die Zuständigkeit des IGH	16
2.5.1 Zuständigkeit <i>ratione personae</i> (Zugang zum Gerichtshof)	16
2.5.2 Zuständigkeit <i>ratione materiae</i> (Sachliche Zuständigkeit)	17
2.5.3 Zuständigkeit <i>ratione temporis</i> (Zeitliche Zuständigkeit)	22
2.6 Entscheidungsgrundlagen	23
2.6.1 Völkerrecht	23
2.6.2 Entscheidungen <i>ex aequo et bono</i>	23
2.7 Bildung von Kammern	24
2.8 Exekution von Urteilen	24
2.8.1 Bindungswirkung	24
2.8.2 Exekution	25
2.8.3 Der Sonderfall der einstweiligen Verfügungen	27
3 Andere Gerichte der Vereinten Nationen	28
3.1 Der UN-Verwaltungsgerichtshof	28
3.2 Appellation gegen Urteile des UN-Verwaltungsgerichtshofes	29

4	Die Verfahrensordnung des IGH	30
4.1	Einleitung des Verfahrens und vorgängige Einwendungen	30
4.2	Besprechung von Verfahrensfragen und Veränderungsvorschläge der Parteien	31
4.3	Schriftliche Phase	31
4.4	Mündliche Phase	32
4.5	Sonderfälle: Intervention von Drittstaaten und einstweilige Verfügungen	32
4.6	Urteilsauslegung und Wiederaufnahme von Verfahren	33
5	Gutachten des IGH auf Antrag von Organen der UN	34
6	Verfahren vor dem IGH mit Beteiligung der USA	35
<i>Anhang I: UN-Charta Kapitel XIV: The International Court of Justice (Art. 92-96)</i>		36
<i>Anhang II: Statut des IGH</i>		37

Literaturverzeichnis

- Suzanne Bastid*, United Nations Administrative Tribunal, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 5 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 281ff
- Hort Blomeyer*, Der Internationale Gerichtshof und die Nichtmitgliedstaaten des Statuts, in: 16 ZaöRV (1955/56) 256 ff
- John F. Greco/Claire M. Germain*, The International Court of Justice in: <http://www.law.cornell.edu/icj/> (April 98)
- Heribert Franz Köck/Peter Fischer*, Das Recht der Internationalen Organisationen, 3. Auflage Wien: Linde 1997
- Juliane Kokott*, Internationaler Gerichtshof und ständiger Internat. Gerichtshof in: RAVE (Rechtsprechung und Aufsätze zum Völker- und Europarecht; Literaturverzeichnis) <http://www.jura.uni-duesseldorf.de/rave/d/dv/dv1222.htm> (April 98)
- Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law*, World Court Digest in: http://www.virtual-institute.de/en/wcd/wcd_home.cfm (April 98)
- Hermann Mosler*, Der Internationale Gerichtshof, in: *Bruno Simma* (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 927 ff.
- Karin Oellers-Frahm*, Zur Vollstreckung der Entscheidungen internationaler Gerichte im Völkerrecht, in: 36 ZaöRV (1976) 654 ff
- Karin Oellers-Frahm*, Die Verfahrensordnung des Internationalen Gerichtshofes vom 14. April 1978, in: 18 AVR (1979/80) 309 ff.
- Karin Oellers-Frahm*, Interim Measures of Protection, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 69ff.
- Registry of the Court*, International Court of Justice – Cour internationale de Justice in: <http://www.icj-cij.org/> (April 98)
- Hans-Jürgen Schlochauer*, International Court of Justice, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 72ff.
- Louis B. Sohn*, Interpreting the Law in *Oscar Schachter/Christopher C. Joyner* (Hrsg.), United Nations Legal Order, Band 1 (Cambridge 1995) 174-203

Renata Szafarz, The Compulsory Jurisdiction of the International Court of Justice (Dordrecht 1993)

H. W. A. Thirlway, Preliminary Objections, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 179ff

H. W. A. Thirlway, Procedure of International Courts and Tribunals, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 183ff

UN Department of Public Information, The International Court of Justice in: <http://www.un.org/Overview/Organs/icj.html> (April 98)

Der IGH als Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen

1 Historie des IGH

Der Internationale Gerichtshof (IGH; International Court of Justice: ICJ) in Den Haag (seit 24.10.1945) ist zwar nicht der Nachfolger des ständigen Internationalen Gerichtshofes (StIGH; Permanent International Court of Justice: PICJ) (1922-1940), doch verbinden ihn verschiedene Punkte mit diesem:

- Der ICJ bewahrt das Archiv des PICJ auf.
- Gemäß Artikel 92 Satz 2 der UN-Charta¹ beruht das Statut des IGH auf dem des StIGH und tatsächlich wurde auch ein großer Teil wörtlich übernommen (Jurisdiktion, Organisation und Verfahren sind gleich²).
- Beide haben ihren Sitz im Friedenspalast in Den Haag.
- Die wichtigste Verbindung ist jedoch die Überleitung der Zuständigkeit des StIGH auf den IGH. Unterwerfungserklärungen unter die Fakultativklausel (Art. 36) des StIGH gelten nach Art. 36 Abs. 5 des Statuts des IGH³ für ihre restliche Geltungsdauer als Annahme der obligatorischen Gerichtsbarkeit des IGH⁴. Ebenso gelten Referenzen an den StIGH in Verträgen nunmehr als Referenzen bezüglich des IGH.

Dies Gemeinsamkeiten ermöglichen es, die Rechtsprechung der beiden Gerichte als eine sich kontinuierlich entwickelnde Praxis anzusehen.

Demgegenüber ist jedoch zu beachten, daß eine rechtliche Diskontinuität besteht, da der IGH weder mit dem StIGH identisch ist, noch dessen Rechtsnachfolger ist. So wurde der StIGH auch erst nach der Konstitution (6.4.1946) des IGH aufgelöst (18.4.1946)⁵. Ein Grund dafür

¹ Siehe Anhang I: UN-Charta Kapitel XIV

² *Hermann Mosler*, Der Internationale Gerichtshof, in: *Bruno Simma* (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991)

³ Siehe Anhang II: Statut des IGH

⁴ Dies war noch 1984 im Nicaragua-Fall von Bedeutung. Nicaragua konnte sich auf seine unbefristete Erklärung der Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit des StIGH berufen.

⁵ *Heribert Franz Köck/Peter Fischer*, Das Recht der Internationalen Organisationen, 3. Auflage Wien: Linde 1997, 280

war, daß 13 Staaten die an der Gründung des IGH teilnahmen, nicht Parteien des StIGH waren, und 16 der Parteien des StIGH nicht an der Gründung des IGH teilnahmen.

In den 53 Jahren seit seiner Gründung hat der IGH 69 Fälle behandelt (davon 2 zur Zeit unter Verhandlung und 8 auf der Warteliste) und 22 Gutachten erteilt (zur Zeit keine in Verhandlung und auf der Warteliste)⁶.

2 Der IGH im Überblick

In diesem Abschnitt wird ein Überblick über die verschiedenen Gesichtspunkte des Internationalen Gerichtshofes gegeben, wobei insbesondere auf die Zusammensetzung, die Zuständigkeit und die Exekution von Urteilen eingegangen wird.

2.1 Rechtsgrundlage

In der Charta der UN wird im Kapitel XIV (Art. 92-96) der IGH kurz behandelt, auf das Statut im Anhang verwiesen (Art. 92 Satz 2) und einige Grundsätze festgelegt:

- Verhältnis der UN-Mitglieder zum IGH (Art. 93 Abs. 1)
- Zugang von Nichtmitgliedern (Art. 93 Abs. 2)
- Verpflichtung zur Befolgung der Urteile für Streitparteien (Art. 94 Abs. 1)
- Befugnisse des UN-Sicherheitsrates zur Urteilsexekution (Art. 94 Abs. 2)
- Beilegung von Streitigkeiten zwischen UN-Mitgliedern auf anderem Wege (Art. 95)
- Erstattung von Gutachten (Generalversammlung und Sicherheitsrat: Art. 96 Abs. 1; Sonstige Organe der UN und Spezialorganisationen: Art. 96 Abs. 2)

Das Statut bildet aufgrund des Verweises und seiner Position im Anhang einen integralen Teil der Charta und unterliegt den selben Regeln für eine Änderung wie diese. Es werden darin die Organisation, die Jurisdiktion in Streitfällen, die Gutachtenkompetenz und die Grundzüge des Verfahrens geregelt. Detaillierte Vorschriften über die Zusammensetzung und das Verfahren sind in der Verfahrensordnung (Siehe unten Seite 30) festgelegt. Weitere Detaillierung erfolgt durch eine Resolution über die interne Praxis des Gerichtshofes, die der Gerichtshof selbst faßt (Art. 19 Verfahrensordnung)⁷. Zu beachten ist, daß der Gerichtshof Urteile in seinem

⁶ Stand 28.4.1998, *Registry of the Court*, International Court of Justice – Cour internationale de Justice in: <http://www.icj-cij.org/> (April 98)

⁷ Karin Oellers-Frahm, Die Verfahrensordnung des Internationalen Gerichtshofes vom 14. April 1978, in: 18 AVR (1979/80)

eigenen Namen entscheidet. Im Gegensatz dazu beschließt z. B. der Sicherheitsrat aufgrund einer ausdrücklichen Ermächtigung für die gesamte Organisation⁸.

Auch von grundlegender Bedeutung, wenn auch nicht zur Rechtsgrundlage, ist die Finanzierung des IGH. Diese erfolgt von den Vereinten Nationen auf Beschluß der Generalversammlung. Ein besonderes Problem stellen dabei die nötigen Übersetzungen dar⁹.

2.2 Aufgaben

Die Aufgaben des IGH unterteilen sich in die zwei Hauptaufgaben und die Nebenaufgaben.

2.2.1 Hauptaufgaben

Erstens ist der IGH für die friedliche Streitbeilegung nach Völkerrecht zwischen Staaten zuständig und zweitens hat er Gutachten für verschiedene Internationale Organisationen bzw. Organe der UN zu erstellen.

Seinem Charakter als Hauptrechtsprechungsorgan der UN entspricht es, daß im Art. 36 Abs. 1 des Statuts ausdrücklich aufgeführt ist, daß er für alle in der Charta speziell angeführten Angelegenheiten zuständig ist. Dazu zählt auch die Auslegung der Charta selbst (Im Wege von Gutachten auf Antrag der Generalversammlung).

2.2.2 Nebenaufgaben

In verschiedenen Verträgen ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien den Präsidenten ersuchen können, Schiedsrichter, Umpires, Mitglieder von Vergleichskommissionen, Funktionen in internationalen Organisationen u. a. zu ernennen. Solche Ersuchen werden vor Ihrer Eingliederung in Übereinkommen üblicherweise mit dem Gerichtshof abgesprochen. Solchen Aufforderungen wurde bisher immer gefolgt¹⁰.

⁸ Hans-Jürgen Schlochauer, International Court of Justice, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 74

⁹ Siehe *Registry of the Court*, International Court of Justice – Cour internationale de Justice in: <http://www.icj-cij.org/> (April 98), Statement by Judge Stephen M. Schwebel, President of the ICJ to the 52. Session of the General Assembly in connection with the annual report of the ICJ on 27.10.1997: Einige Fälle müssen zurückgestellt werden, da kein Geld für die notwendigen Übersetzungen vorhanden ist.

¹⁰ Hermann Mosler, Der Internationale Gerichtshof, in: Bruno Simma (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991)

2.3 Zusammensetzung

Nach Artikel 3 des Statuts besteht der Gerichtshof aus 15 Richtern. Zu diesen ständigen Richtern kommen noch die Richter *ad hoc* hinzu, die nur für jeweils einen Streitfall als Richter tätig werden.

2.3.1 Bestellung von Richtern

Bei der Bestellung von Richtern sind mehrere allgemeine Grundsätze für die Gesamtheit der Richter zu beachten:

- Es dürfen nicht 2 Richter dem gleichen Staat angehören (Art. 3 Abs. 1 Statut).
- Die wichtigsten Rechtssysteme der Welt sollen vertreten sein (Art. 8 Statut)
- Die hauptsächlichen Zivilisationsformen sollen vertreten sein (Art. 8 Statut).

Besonders die letzte Kategorie ist m. E. nach etwas dubios, da eine genauere Erläuterung, was eine "hauptsächliche Zivilisationsform" ist, sehr schwierig sein dürfte. In der Praxis läuft diese Bestimmung darauf hinaus, daß (mit Ausnahme Chinas 1967-1985) die ständigen Sicherheitsratsmitglieder immer einen Richter ihrer Nationalität im Gerichtshof hatten. Die restlichen Plätze werden einfach nach geographischen Gesichtspunkten vergeben¹¹.

Darüber hinaus gelten auch für den einzelnen Richter mehrere Voraussetzungen (Art. 2 Statut)¹²:

- Hohes sittliches Ansehen: Die Staaten müssen auf seine Integrität vertrauen, daß er sein Amt unparteilich führt.
- Fähigkeit zu den höchsten nationalen richterlichen Ämtern oder Völkerrechtsgelehrte von anerkanntem Ruf: Die Fähigkeit bestimmt sich nach den nationalen Vorschriften.

Die Richter werden für 9 Jahre gewählt, wobei alle 3 Jahre 5 Richter gewählt werden (Partialerneuerung). Sie bleiben über ihre Amtszeit hinaus in all jenen Fällen tätig, die sie in ihrer Amtszeit begonnen haben. Im folgenden wird in einem Diagramm der Wahlvorgang für die Richter dargestellt:

¹¹ *Hermann Mosler*, Der Internationale Gerichtshof, in: *Bruno Simma* (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 946; Verteilung zur Zeit: Amerika 3 (USA, Venezuela, Brasilien), Asien 3 (China, Japan, Sri Lanka), Afrika 3 (Algerien, Madagaskar, Sierra Leone), Westeuropa 4 (Frankreich, England, Deutschland, Niederlande), Osteuropa (sozialistische Staaten) 2 (Rußland, Ungarn)

¹² Nähere Ausführungen in *Heribert Franz Köck/Peter Fischer*, Das Recht der Internationalen Organisationen, 3. Auflage Wien: Linde 1997, 272f

Die Richter sind in der Ausübung ihres Amtes gemäß Art. 2 des Statuts unabhängig und genießen das Privileg der Unabsetzbarkeit. Unversetzbarkeit kommt mangels eines anderen Gerichts nicht in Frage. Da der Gerichtshof im Plenum tagt, ist eine feste Geschäftsverteilung nicht von Bedeutung. Wird eine Kammer gebildet (Siehe Punkt 2.7), so ist die Zustimmung aller Parteien und des Gerichtshofs notwendig, weshalb sich auch in diesem Fall kein Problem ergibt. Die Richter haben ihr Amt unparteilich auszuüben, wozu insbesondere zählt, daß sie in einer Sache nur als Richter teilnehmen, an der sie früher in keiner Weise mitgewirkt haben, und keiner anderen (privaten oder öffentlichen) Beschäftigung während ihrer Amtszeit nachgehen dürfen. Um dies zu erreichen erhalten sie ein Gehalt, welches von der UN Generalversammlung festgesetzt wird, sowie eine Pension nach Ende ihrer Amtstätigkeit. Während der Amtszeit genießen sie diplomatische Privilegien und absolute Immunität.

2.3.2 Richter *ad hoc*

Richter der Nationalität einer der Streitparteien verlieren weder Sitz noch Stimme sondern bleiben voll im Amt und können auch nicht wegen Parteilichkeit entfernt werden¹³. Als Ausgleich für diesen "Vorteil" können Staaten, die keinen Richter ihrer Nationalität auf der Richterbank haben (also ev. beide Staaten!), einen Richter *ad hoc* bestimmen, der zu den restlichen Richtern hinzutritt. Auch bei Kammern ist dies möglich, doch entscheidet hier der Präsident, welche(r) Richter ersetzt wird, da hier die Zahl konstant bleiben soll¹⁴. Dieser Richter muß alle Voraussetzungen für einen normalen Richter erfüllen (Siehe oben). Die Unparteilichkeit und die Privilegien gelten natürlich auch für Richter *ad hoc*, obgleich diese eine besondere Stellung haben. Er hat die Aufgabe, sicherzustellen, daß alle Argumente die für seinen Staat sprechen untersucht und berücksichtigt werden, auch wenn diesen dann nicht zugestimmt wird. Trotzdem ist er kein Repräsentant seines Staates und kann auch gegen diesen entscheiden¹⁵.

Diese Institution entspricht eindeutig dem Charakter eines Schiedsgerichts und nicht dem eines Gerichtshofes, doch aufgrund der äußerst starken Anwendung kann darauf zur Zeit wohl nicht verzichtet werden.

¹³ Art. 31 Statut

¹⁴ Hans-Jürgen Schlochauer, International Court of Justice, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 76

¹⁵ Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, World Court Digest in: http://www.virtual-institute.de/en/wcd/wcd_home.cfm (April 98), III.3.3 Judges ad hoc; Meinung von S. O. Lauterpacht

2.3.3 Sonstige Funktionen

Neben den Richtern gibt es am Gerichtshof noch andere Titel bzw. Beschäftigte.

2.3.3.1 Präsident

Der Präsident (President) führt den Vorsitz über die Verhandlungen, leitet die Arbeit und überwacht die Verwaltung des Gerichtshofes. Darüber hinaus können ihm auch noch Nebenaufgaben obliegen (Siehe oben Punkt 2.2.2). Der Präsident wird ohne Nominierungen in geheimer Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Richter für jeweils 3 Jahre mit Möglichkeit zur Wiederwahl (Art. 21 Abs. 1 Statut) gewählt¹⁶.

2.3.3.2 Vizepräsident/ältester Richter

Hierbei handelt es sich nur um spezielle Titel die einzelne Richter tragen und mit denen im Regelfall keine besondere Aufgabe oder Tätigkeit verbunden ist.

Der Vizepräsident (Vice-President) wird wie der Präsident (3 Jahre; Wiederwahl möglich) und im Voraus gewählt. Er vertritt den Präsidenten wenn diese Position unbesetzt ist, dieser abwesend ist oder er aus irgendeinem Grund nicht den Vorsitz führen kann¹⁷.

Um eine Rangfolge zu ermöglichen, die freilich nur für das Protokoll bzw. für die Bestimmung des Vorsitzes bei Verhinderung des Präsidenten und des Vizepräsidenten dient, werden die Richter nach dem Tag ihres Amtsantritts (subsidiär nach ihrem Alter) gereiht. Derjenige Richter, der nach dem Präsidenten und Vizepräsidenten gereiht ist, übernimmt im Notfall deren Aufgaben und wird ältester Richter (senior judge) genannt (Art. 3 Verfahrensordnung).

2.3.3.3 Beisitzer

In Art. 9 der Verfahrensordnung ist nach Art. 30 Abs. 2 des Statuts vorgesehen, daß der Gerichtshof auf Antrag oder eigenen Beschluß Beisitzer (Assessors) zu der Verhandlung sowohl im Plenum wie auch in Kammern hinzuziehen kann, die freilich kein Stimmrecht haben, obwohl sie an den geheimen Beratungen teilnehmen. Sie werden in geheimer Wahl mit einfacher Mehrheit der in diesem Fall amtierenden Richter gewählt.

¹⁶ Art. 11 Verfahrensordnung (In *Karin Oellers-Frahm*, Die Verfahrensordnung des Internationalen Gerichtshofes vom 14. April 1978, in: 18 AVR (1979/80))

¹⁷ z. B. wenn der Präsident Staatsangehöriger einer der Streitparteien ist (Art. 32 Abs 1 Verfahrensordnung)

2.3.3.4 Sekretär

Nach Art. 21 Abs. 2 des Statuts wird der Sekretär (Registrar) und die notwendigen Beamten vom Gericht bestellt. Der Sekretär wird vom Gerichtshof in geheimer Abstimmung auf Grund von Vorschlägen von Richtern für 7 Jahre mit Möglichkeit der Wiederwahl gewählt¹⁸. In der Verantwortung des Sekretärs sind unter anderem:

- Empfang und Versand aller Schriftstücke (insbesondere in Hinsicht auf die Feststellung von Datum und Zeit des Ein- und Ausgangs) und Durchführung der Kommunikation mit allen Staaten in Verhandlungen (Verteilung von Schriftstücken, Benachrichtigung von einseitigen Anrufungen, ...)
- Leitung des Archivs (IGH, StIGH und Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg)
- Alle notwendigen Sekretariatsdienste

2.4 Parteifähigkeit

Im streitigen Verfahren sind ausschließlich Staaten berechtigt, als Parteien vor dem Gerichtshof zu erscheinen (Art. 34 Abs. 1 Statut). Dennoch können auch Internationale Organisationen in Verfahren mit einbezogen werden, auch wenn sie dadurch keine Parteistellung erlangen. Die Frage ob ein Staat "Partei" eines Verfahrens ist hat deshalb Bedeutung, da Art. 59 des Statuts festlegt, daß die Entscheidung nur für die Parteien¹⁹ und diesen Fall bindend ist.

2.4.1 Staaten

Staaten werden durch Bevollmächtigte vertreten, die sich auch zusätzlicher Berater (counsels) und Rechtsanwälte (advocates) bedienen können. Sie erhalten für das Verfahrens die für ihre unabhängige Pflichterfüllung notwendigen Privilegien und Immunitäten (Art. 42 Statut).

2.4.2 UN-Organen

Organen der UN besitzen zwar keine Parteifähigkeit, haben jedoch das Vorrecht, Gutachten einholen zu dürfen. Im Verfahren werden sie von den UN als IO vertreten.

Folgende sechs Organen der UN sind dazu berechtigt (jedoch nicht das Sekretariat oder der Generalsekretär!): General Assembly, Security Council, Economic and Social Council, Trus-

¹⁸ Das Sekretariat wird in den Art. 22 bis 29 der Verfahrensordnung geregelt

¹⁹ Die Entscheidung kann auch für andere Staaten bindend sein, wenn sich diese des Instruments der Intervention (hauptsächlich bei multilateralen Verträgen) bedienen und somit am Verfahren teilnehmen.

teeship Council, Interim Committee of the General Assembly, Committee on Applications for Review of Administrative Tribunal Judgements²⁰.

2.4.3 Internationale Organisationen

Internationale Organisationen haben keine Parteifähigkeit. Sie können vom Gerichtshof jedoch aufgefordert werden, Informationen für ein Verfahren zur Verfügung zu stellen. Stellungnahmen können auch aus eigenem Antrieb abgegeben werden.

Ist in einem Verfahren der grundlegende Vertrag einer IO oder ein darauf beruhender Vertrag auszulegen, so ist die Organisation gemäß Art. 34 Abs. 3 zwingend miteinzubeziehen. Alle Unterlagen der schriftlichen Verfahrensphase sind ihr zu übersenden und ihr ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Es ist jedoch zu beachten, daß nur "echte" internationale Organisationen (von Staaten gegründet) diese Rechte besitzen. Im Gegensatz dazu können NGO's sich nicht darauf berufen²¹.

Neben den oben angeführten Organen der UN sind folgende Organisationen berechtigt, Gutachten des IGH anzufordern: International Labour Organization, Food and Agriculture Organization of the United Nations, United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, International Civil Aviation Organization, World Health Organization, World Bank, International Finance Corporation, International Development Association, International Monetary Fund, International Telecommunication Union, World Meteorological Organization, International Maritime Organization, World Intellectual Property Organization, International Fund for Agricultural Development, United Nations Industrial Development Organization, International Atomic Energy Agency²².

2.4.4 Privatpersonen

Privatpersonen können nie Parteifähigkeit vor dem IGH erlangen. Lediglich als Zeugen oder Sachverständige ist eine Teilnahme möglich. Im Gegensatz zu internationalen Organisationen können sie ohne Aufforderung dazu keine Informationen zu einem Verfahren beitragen.

²⁰ Report of the ICJ 1.8.1995 – 31.7.1996 in *John F. Greco/Claire M. Germain*, The International Court of Justice in: <http://www.law.cornell.edu/icj/> (April 98)

²¹ *Hans-Jürgen Schlochauer*, International Court of Justice, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 78

²² Report of the ICJ 1.8.1995 – 31.7.1996 in *John F. Greco/Claire M. Germain*, The International Court of Justice in: <http://www.law.cornell.edu/icj/> (April 98)

2.5 Die Zuständigkeit des IGH

Allein die Fähigkeit, Partei eines Verfahrens zu sein, berechtigt einen Staat noch nicht, dem IGH einen Fall zu unterbreiten. Weiters muß noch die Zuständigkeit des Gerichtshofes hinzutreten, welche sich aus drei Hauptbestandteilen zusammensetzt. Im Zweifelsfall entscheidet das Gericht selbst.

2.5.1 Zuständigkeit *ratione personae* (Zugang zum Gerichtshof)

Für den Zugang zum Gerichtshof gibt es drei Möglichkeiten:

- 1) Der Zugang zum Gerichtshof steht grundsätzlich nur Parteien des Statuts offen, also allen Mitgliedern der Vereinten Nationen.
- 2) Darüber hinaus können auch andere Staaten Mitglieder des Statuts werden, wenn sie die von der Generalversammlung festgesetzten Bedingungen²³ erfüllen²⁴. Dazu ist auch die Zustimmung des Sicherheitsrates notwendig.
- 3) Akzeptiert ein Staat die vom Sicherheitsrat aufgestellten Bedingungen, so wird er zwar nicht Mitglied des Statuts, hat aber dennoch Zugang zum Gerichtshof²⁵. Die Bedingungen sind folgende:
 - Er muß beim Kanzler des IGH eine Erklärung hinterlegen, in der er die Jurisdiktion des Gerichtshofs gemäß der UN-Charta und den Bedingungen des Statuts und der Verfahrensregeln annimmt.
 - Er muß sich verpflichten, den Entscheidungen des Gerichtshofs im guten Glauben zu entsprechen.
 - Er muß alle Verpflichtungen eines Mitglieds der UN nach Art. 94 der Charta annehmen. Dies ist von besonderer Bedeutung, da in Art. 94 Abs. 2 die Möglichkeit der Anrufung des Sicherheitsrats festgelegt wird, der dann auch Maßnahmen zur Durchsetzung beschließen kann.
 - Im Streitfalle hat er sich an den Verfahrenskosten zu beteiligen

²³ Annahme der Bedingungen des Statuts; Annahme aller Verpflichtungen, die den UN-Mitgliedern nach Art. 94 der Charta obliegen; Verpflichtung zur Beteiligung an den Kosten des Gerichtshofs

²⁴ Auf diese Weise sind zur Zeit nur mehr die Schweiz und Nauru Mitglieder des Statuts

²⁵ *Hort Blomeyer*, Der Internationale Gerichtshof und die Nichtmitgliedstaaten des Statuts, in: 16 ZaöRV (1955/56) 258ff

2.5.2 Zuständigkeit *ratione materiae* (Sachliche Zuständigkeit)

In Bezug auf die sachliche Zuständigkeit ergeben sich mehrere Fragen, die vor einer Entscheidung in der Sache vom Gerichtshof beurteilt werden müssen.

2.5.2.1 Anerkennung der Jurisdiktion?

Da der IGH von der Charta der UN als nicht-obligatorisch zuständig eingerichtet wurde (Art. 36 Abs. 1), ist es in jedem Einzelfall notwendig, daß alle beteiligten Staaten die Jurisdiktion für diesen Fall anerkennen (*kompromissum*). Dies war ein Zugeständnis an die Traditionalisten, die keine Beschneidung der Souveränität der Staaten akzeptieren wollten. Es wurde den Staaten jedoch freigestellt, die Zuständigkeit freiwillig als obligatorisch anzuerkennen (Fakultativklausel). Ist die Zuständigkeit für einen bestimmten Streitfall einmal gegeben und das Verfahren eingeleitet, kann die Zuständigkeit nicht mehr einseitig beendet werden (z. B. Zurückziehung des Kompromissums).

Die Platzierung der Jurisdiktions-Anerkennung ist umstritten. Sie wird manchmal als Teil von *ratione materiae*²⁶ und manchmal als Teil von *ratione personae*²⁷ dargestellt. Die Jurisdiktion ist zwar ein besonderes Band, das beide Parteien verbindet, doch ist es immer auf den konkreten Streitfall bezogen, auch wenn es sich um einen konkreten Fall der Fakultativklausel handelt. Die Jurisdiktion ist auch weniger eine Eigenschaft der Parteien als vielmehr des Streitgegenstandes, da ihre Bestreitung üblicherweise damit begründet wird, daß der konkrete Streitgegenstand nicht unter eine bestimmte Klausel (z. B. bei Schiedsklausel in Verträgen) oder in eine besondere Ausnahme fällt (z. B. bei der Fakultativklausel). Sie bezieht sich auch inhaltlich auf den Streitfall und wird daher hier unter der sachlichen Zuständigkeit dargestellt.

Die verschiedenen Möglichkeiten zur Anerkennung werden im folgenden einzeln behandelt²⁸:

2.5.2.1.1 Vereinbarung (*kompromissum*)

Den Staaten steht es frei, für jeden Einzelfall die Frage in Übereinkunft dem IGH zur Entscheidung vorzulegen. Dies kann explizit (*kompromissum*) oder konkludent (*forum prorogatum*) erfolgen.

²⁶ Hort Blomeyer, Der Internationale Gerichtshof und die Nichtmitgliedstaaten des Statuts, in: 16 ZaöRV (1955/56) 264ff

²⁷ Hermann Mosler, Der Internationale Gerichtshof, in: Bruno Simma (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 940f

²⁸ Siehe dazu Renata Szafarz, The Compulsory Jurisdiction of the International Court of Justice (Dordrecht 1993)

2.5.2.1.2 Forum prorogatum

Ruft eine Partei einseitig den IGH an, ohne daß ein Grund für die Jurisdiktion gegeben ist, so ist der beklagte Staat nicht verpflichtet zu erscheinen und der Gerichtshof kann auch keine Entscheidung gegen ihn fällen. Dies wird hauptsächlich zu politischen Zwecken verwendet, um zu zeigen, daß der beklagte Staat an einer friedlichen Beilegung nicht interessiert ist.

Läßt sich der beklagte Staat jedoch auf das Verfahren ein, indem er Vorbringen in der Sache selbst macht oder im Verfahren keine Einwände gegen die Jurisdiktion erhebt, so wird damit die Zuständigkeit begründet und kann später nicht mehr beseitigt werden (z. B. durch Verlassen des Verfahrens). Diese Zuständigkeitsform ist im Statut nicht vorgesehen, doch inzwischen Gewohnheitsrecht. Sie wurde sowohl vom StIGH wie auch vom IGH angewendet, auch wenn es vereinzelt Widersprüche dazu gab²⁹.

2.5.2.1.3 Fakultativklausel

Die Fakultativklausel in Art. 36 Abs. 2 des Statuts erlaubt es den Staaten, die Zuständigkeit des IGH durch eine unilaterale Deklaration als obligatorisch anzuerkennen. Zur Zeit sind 54 solche Deklarationen in Kraft³⁰. In diesem Artikel sind zwar keine Vorbehalte zu den Erklärungen erwähnt, doch aufgrund der bisherigen Urteile und der enormen Praxis hat sich diese Möglichkeit als Gewohnheitsrecht herausgebildet. Diese Vorbehalte können in zwei verschiedene Kategorien unterschieden werden, was durchaus auch praktische Bedeutung hat:

- Reservationen: Sie beschäftigen sich mit der Einschränkung des **inhaltlichen** Geltungsbereichs der Unterwerfungserklärung. Sie können sich auf verschiedenste Bereiche beziehen. Zur Zeit sind folgende Einschränkungen hauptsächlich in Gebrauch:
 - Andere Mittel der friedlichen Streitbeilegung: *ratione fori*
 - Innerstaatliche Angelegenheit nach Beurteilung des IGH (=objektiv) oder des Staates selbst (=subjektiv) : *ratione materiae*
 - Vorhergehende Streitigkeiten (vor Abgabe der Erklärung): *ratione temporis*
 - Territoriale Streitigkeiten: *ratione materiae*
 - Feindselige Handlungen ("hostilities"): *ratione materiae*
 - Multilaterale Abkommen: *ratione decidendi*

²⁹ Hans-Jürgen Schlochauer, International Court of Justice, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 82

³⁰ Renata Szafarz, The Compulsory Jurisdiction of the International Court of Justice (Dodrecht 1993) 40

- In einem Vertrag von der ger. Beurteilung ausgenommene Streitigkeiten: *ratione fori*
- Streitigkeiten mit Angehörigen des Britischen Commonwealth: *ratione personae*
- Probleme des Seerechts: *ratione materiae*
- Formale Bedingungen: Im Gegensatz zu Reservationen schränken formale Bedingungen die Dauer ein oder beziehen sich auf die Abänderung und Beendigung der Erklärung. In den meisten Fällen ist heute kein fixer Beendigungszeitpunkt angegeben (beim StIGH gebräuchlich), sondern eine Frist absoluter Bindung mit automatischer Verlängerung und der Möglichkeit der Kündigung. Viele Staaten behalten sich auch eine jederzeitige Veränderung oder sogar Kündigung vor. Dies ist der Hauptgrund dafür, daß Unterwerfungserklärungen nicht als Verträge sondern einseitige Rechtsgeschäfte angesehen werden, da nach der WVK eine einseitige Änderung eines Vertrages undenkbar ist.

Aufgrund der Reservationen ergibt sich somit ein flexibles System von sehr vielen Zweierbeziehungen, das viele Elemente eines Vertrags besitzt (Wurde ein Verfahren begonnen ist keine Änderung mehr möglich, beide Parteien sind an Ihre Erklärungen gebunden; auch vorher besteht bereits die Verpflichtung, sich auf das Verfahren einzulassen), jedoch aus oben ausgeführten Gründen keiner ist. Die wahre Natur von Unterwerfungserklärungen ist streitig, kann jedoch vermutlich als ein Rechtsakt *sui generis* angesehen werden, der verschiedene Elemente verbindet.

Ein wichtiger Punkt der bei einem aktuellen Fall zu beachten, falls die Jurisdiktion durch Unterwerfungserklärungen hergestellt wird, ist, daß sich der Streitgegenstand im kleinsten gemeinsamen Nenner der Reservationen befinden muß (Reziprozität). Dies bedeutet, daß sich ein Staat auf die Reservationen seines Gegners berufen kann, auch wenn dieser bereit ist, den Streit trotz der Ausnahme in der Unterwerfungserklärung vor dem IGH auszutragen³¹. Die Reziprozität findet jedoch keine Anwendung auf formale Bedingungen.

2.5.2.1.4 Bestandteil eines Vertrags

Durch Schiedsverträge oder Schiedsklauseln kann die Zuständigkeit des IGH in Verträgen schon vor dem Auftreten eines Streitfalles festgelegt werden. Der IGH ist meist neben anderen Methoden der Streitbeilegung nur alternativ genannt.

³¹ *Renata Szafarz*, *The Compulsory Jurisdiction of the International Court of Justice* (Dodrecht 1993) So auf Seite 44f, auf Seite 51 wird jedoch festgestellt, daß dieser Punkt noch streitig ist.

2.5.2.1.5 Interpretations- oder Revisionsantrag

Eine Auslegung eines Urteils kann auch von nur einer Streitpartei zwingend erreicht werden. Die Auslegung darf nur das ursprüngliche Urteil erläutern, jedoch nicht darüber hinausgehen (weitere Fragen beantworten, Änderungen vornehmen, ...) und stellt daher kein Problem dar.

Eine Revision ist nur unter besonderen Umständen möglich (Art. 61 Statut), kann jedoch auch von einer einzigen Streitpartei herbeigeführt werden. Wichtig ist, daß der Gerichtshof eine Befolgung des ursprünglichen Urteils voraussetzen kann.

2.5.2.1.6 Nachfolge in die Zuständigkeit des StIGH

Nach Art. 36 Abs 5 und Art. 37 des Statuts ist der IGH in allen jenen Fällen zuständig, in denen der Ständige Internationale Gerichtshof zuständig wäre, würde er noch bestehen. Dies betrifft hauptsächlich alte Verträge (Substitution des IGH für den StIGH) und Fälle, in denen eine Unterwerfungserklärung unter die Jurisdiktion des StIGH (nach dem Vorgänger der Fakultativklausel Art. 36 Abs. 2 Statut IGH, einem Annex zum Statut des StIGH) noch heute besteht.

2.5.2.1.7 In der UN-Charta vorgesehene Fälle

In Art. 36 Abs. 1 des Statuts ist vorgesehen, daß die UN Charta den IGH für bestimmte Gebiete als obligatorisch zuständig bestimmen kann. Da jedoch keine solchen Fälle enthalten sind, handelt es sich um totes Recht. Im Korfu-Kanal Fall entschied der IGH, daß eine Empfehlung des Sicherheitsrates nicht ausreicht und Art. 36 Abs. 1 iVm Abs. 3³² der UN-Charta keine zusätzliche Jurisdiktion begründet³³.

2.5.2.2 "Streit"-Sache?

Der Gerichtshof ist nur für Streitsachen zuständig. Ist die vorgelegte Frage akademischer Natur oder eine abstrakte Rechtsfrage, so ist der Gerichtshof unzuständig. Dies drückt sich

³² Art. 36 lautet: (1) The Security Council may, at any stage of a dispute of the nature referred to in Article 33 or of a situation of like nature, recommend appropriate procedures or methods of adjustment.

(3) In making recommendations under this Article the Security Council should also take into consideration that legal disputes should as a general rule be referred by the parties to the International Court of Justice in accordance with the provisions of the Statute of the Court.

³³ *Hermann Mosler*, Der Internationale Gerichtshof, in: *Bruno Simma* (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 936f

darin aus, daß das Urteil reale Konsequenzen haben muß, in dem es Rechte oder Verpflichtungen betrifft und nicht nur der politischen Argumentation dienen darf³⁴.

Wie in den Nukleartestfällen geschehen, kann ein Streit auch während der Verhandlung diesen Streitcharakter verlieren und dadurch ein Urteil nicht mehr gefällt werden.

2.5.2.3 Juristische oder politische Streitigkeit?

Politische Streitigkeiten werden als nicht justitiabel und damit als nicht zur Vorlage für den IGH geeignet angesehen. Da jedoch fast jeder internationale Streit sowohl rechtliche wie auch politische Elemente enthält, ist hier eine Entscheidung äußerst schwierig.

Sowohl die Entscheidung über den Gebrauch von rechtswidriger bewaffneter Gewalt³⁵ als auch über die Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung sind vom Gerichtshof als (unter anderem) juristische Streitigkeiten qualifiziert worden und wurden behandelt.

Eindeutig politisch sind nur jene Fälle, in denen eine Veränderung der derzeitigen Rechtslage angestrebt wird. Für diese Fälle wäre eine Entscheidung *ex aequo et bono* möglich.

2.5.2.4 Entscheidung eines Streites über ein Gutachten?

Gutachten können auch über Rechtsfragen erstattet werden, die zu dem Zeitpunkt zwischen mehreren Staaten umstritten sind. Diese Staaten müssen der Erstattung des Gutachtens zwar nicht zustimmen, doch erkannte der StIGH an, daß ein Streit zwischen zwei Parteien nicht ohne deren Einwilligung einer richterlichen Entscheidung unterworfen werden darf. Der Gerichtshof lehnt es daher ab, ein Gutachten abzugeben (er ist nicht dazu verpflichtet, im Gegensatz zum streitigen Verfahren!), wenn das Gutachten den Hauptpunkt des Streites betrifft und damit praktisch eine Entscheidung des Streites erfolgt wäre³⁶.

Dies dient auch dazu, daß Staaten nicht auf dem Umweg über ein Gutachten versuchen, eine Vorentscheidung des Streites zu erreichen, wodurch ein Streitiges Verfahren mit Sicherheit verhindert würde, da die unterlegene Partei keinem Verfahren mehr zustimmen würde.

³⁴ Hermann Mosler, Der Internationale Gerichtshof, in: Bruno Simma (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 938

³⁵ Louis B. Sohn, Interpreting the Law in Oscar Schachter/Christopher C. Joyner (Hrsg.), United Nations Legal Order, Band 1 (Cambridge 1995) 182f

³⁶ Hermann Mosler, Der Internationale Gerichtshof, in: Bruno Simma (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 962

Um auch ihnen eine Art von Streitigem Verfahren zu ermöglichen, können bestimmte Organe und Organisationen Gutachten anfordern (Siehe dazu auch die Parteifähigkeit von Organen der UN 2.4.2 und von Internationalen Organisationen 2.2.2). Wird vorher vereinbart, dieses Gutachten als verbindlich anzusehen (oder ist im Gründungsvertrag der Internationalen Organisation eine bindende Wirkung vorgeschrieben), so ergibt sich auf diesem Wege eine Möglichkeit zur Streitbeilegung³⁷.

2.5.2.5 Der Grundsatz "*non ultra petita*"

Dieser Grundsatz besagt, daß der Gerichtshof nur die Fragen beantworten darf, die ihm von den Parteien unterbreitet wurden und er sich jeder Aussage über andere Dinge enthalten muß. Dies schließt mit ein, daß der IGH nur über die unterbreiteten Anträge zur Verurteilung der anderen Partei entscheiden darf, jedoch keine "neuen" Verurteilungen entwerfen darf.

Beispielsweise darf bei einem Antrag auf Feststellung der Rechtswidrigkeit eines Verhaltens nur über die Rechtswidrigkeit entschieden werden. Eine Verurteilung zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes oder anderer möglicher Ergebnisse ist in diesem Falle nicht möglich.

Nur in einem Fall ist eine Ausnahme von diesem Grundsatz möglich: Erscheint ein Staat nicht vor dem IGH, so ist der Gerichtshof verpflichtet die Jurisdiktion zu untersuchen und bei einem positiven Ergebnis anschließend zu entscheiden (Art. 53 Statut). In diesem Fall ist er jedoch nicht an die Anträge der erschienenen Partei gebunden sondern kann frei entscheiden³⁸.

2.5.3 Zuständigkeit *ratione temporis* (Zeitliche Zuständigkeit)

Der IGH darf nur über solche Fälle entscheiden, bei denen zum Zeitpunkt des Antrags sowohl sachliche wie auch personelle Zuständigkeit gegeben ist. Das Auslaufen einer Unterwerfungserklärung während des Verfahrens hindert jedoch nicht ein Verfahren oder Urteil³⁹.

³⁷ Hermann Mosler, Der Internationale Gerichtshof, in: Bruno Simma (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 958

³⁸ Renata Szafarz, The Compulsory Jurisdiction of the International Court of Justice (Dordrecht 1993) 15

³⁹ Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, World Court Digest in: http://www.virtual-institute.de/en/wcd/wcd_home.cfm (April 98): III.2.1 General Rules for Jurisdiction, Military and Paramilitary activities, Merits p. 28

2.6 Entscheidungsgrundlagen

Der IGH entscheidet nach Völkerrecht, wobei er mehrere Grundlagen verwenden kann (Art. 38 Abs. 1 Statut). Gemäß Art. 28 Abs. 2 des Statuts besteht jedoch auch die Möglichkeit eine Entscheidung *ex aequo et bono* zu fällen.

2.6.1 Völkerrecht

Die drei (bzw. vier) Grundlagen sind hierarchisch geordnet und in dieser Reihenfolge zu untersuchen⁴⁰:

1. Internationale Konventionen, sowohl regionaler wie globaler Natur, die von den Streitparteien ausdrücklich akzeptiert wurden (=Verträge)
2. Internationale Gewohnheit als Beweis für ein als rechtsverbindlich angesehenes Verhalten (=Gewohnheitsrecht)
3. Allgemeine Rechtsprinzipien die von den zivilisierten Staaten anerkannt werden. (=Allgemeine Rechtsgrundsätze)
4. Gerichtsentscheidungen und Lehrmeinungen angesehener Wissenschaftler der verschiedenen Staaten als subsidiäres Mittel zur Auffindung von Rechtssätzen unter Betrachtung von Art. 59 des Statuts

Ad 2: Nicht nur universelles sondern auch regionales Gewohnheitsrecht kann angewendet werden, wenn es alle Streitparteien betrifft.

Ad 4: Gemäß Art. 59 haben Entscheidungen nur für die Streitparteien Geltung. Sie können jedoch neben den Lehrmeinungen dazu herangezogen werden, anderes Recht festzustellen, insbesondere solche s der Punkte 2 und 3.

2.6.2 Entscheidungen *ex aequo et bono*

Diese Möglichkeit wurde bisher noch nicht in Anspruch genommen⁴¹, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, daß Staaten sich zwar noch manchmal dem Recht beugen (welches bekannt ist), aber einer unabhängigen Entscheidung von mehreren Einzelpersonen (die nur äußerst schwer vorhersehbar ist) sehr kritisch gegenüberstehen. Der IGH würde in diesem Fall weniger als Gerichtshof sondern vielmehr als Schiedshof oder "Weisenrat" tätig werden.

⁴⁰ Hans-Jürgen Schlochauer, International Court of Justice, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 80f

⁴¹ Ausführlich dazu siehe Heribert Franz Köck/Peter Fischer, Das Recht der Internationalen Organisationen, 3. Auflage Wien: Linde 1997, 282f

2.7 Bildung von Kammern

Zur Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens können Kammern (Art. 26-29 Statut und Art. 15–18 Verfahrensordnung) aus in der Regel 5 Richtern gebildet werden. Ihre Urteile gelten als Urteile des Gerichtshofes (Keine Berufung an den gesamten Gerichtshof möglich). In Verwendung, und das nur in bescheidenem Maßstab, sind bisher nur *ad-hoc*-Kammern. Sie werden für bestimmte Einzelfälle gebildet, wobei beide Parteien das Recht auf einen Richter *ad hoc* und damit einen großen Einfluß auf die Entscheidung der Kammer haben. Das Verfahren ist vor Kammern gleich wie vor dem gesamten Gerichtshof.

2.8 Exekution von Urteilen

Bezüglich der Exekution von Urteilen stellen sich zwei Hauptfragen: Wer ist überhaupt zur Befolgung verpflichtet und wie kann diese Pflicht durchgesetzt werden, wenn sie abgestritten oder verweigert wird? Dies ist ein besonderes Problem im Gegensatz zum einzelstaatlichen Recht, da der IGH keine Exekutivgewalt zur Verfügung hat. Aufgrund der Souveränität der Staaten haben alle den selben Rang und es gibt keinen Staat, der einen anderen (rechtmäßigerweise) zu einer bestimmten Handlung oder Unterlassung zwingen kann. Die einzige Möglichkeit hierfür ist, die Vereinten Nationen dazu einzusetzen, also die Gemeinschaft aller Staaten gegenüber dem einzelnen rechtsbrechenden Staat tätig werden zu lassen. Dies ist das selbe Problem das sich bei einem Aggressor stellt, da es keine internationale Exekutive oder Armee gibt und daher auf solche von einzelnen Staaten oder Staatengruppen zurückgegriffen werden muß.

Es muß allerdings gesagt werden, daß dieses Problem nur sehr selten auftritt, da die internationale Gerichtsbarkeit auch heute noch hauptsächlich in beiderseitigem Einverständnis ausgeführt wird und daher die Urteile meist freiwillig befolgt werden. Erst durch die Einführung der obligatorischen Zuständigkeit stellt sich dieses Problem. In vielen Fällen nehmen die Staaten, die ein Urteil später nicht befolgen, erst gar nicht am Prozeß teil und drücken schon damit ihren Widerspruch aus.

2.8.1 Bindungswirkung

Nart Art. 59 des Statuts ist eine Entscheidung nur für den inhaltlichen Gegenstand und auch nur für die Streitparteien absolut verbindlich. Andere Staaten können daraus keine Rechte ableiten. Insbesondere besteht auch keine Präjudizwirkung, sodaß weder der IGH selbst noch andere Gerichte daran gebunden sind. Dennoch ist, wie im innerstaatlichen Recht und im

Völkerrecht, davon auszugehen, daß nicht ohne Notwendigkeit von einer einmal getroffenen Regelung abgegangen werden soll. In einer Hinsicht gibt es jedoch eine gewisse Bindungswirkung für andere Fälle, da einmal festgestellte Rechtsgrundsätze oft in späteren Entscheidungen übernommen werden und mit einem Verweis auf eine erneute Feststellung verzichtet wird. Die Verpflichtung zur Befolgung und Anerkennung kann auch über die Streitparteien hinausgehen, wenn Drittstaaten interveniert haben (Art. 81-86 Verfahrensordnung), für die dann ebenso eine Bindungswirkung besteht (Art. 64 Abs. 2 Statut)⁴². Die Verpflichtung zur Durchführung besteht ausschließlich für den Staat. Wie er die geforderten Folgen herbeiführt, ist ihm überlassen, er hat nur für ihren Eintritt zu sorgen (in der Regel durch Staatsorgane; je nach Folge Verwaltung, Gesetzgebung oder Exekutive).

2.8.2 Exekution

Kommt ein Staat einem Urteil nicht nach, so wird die obsiegende Partei versuchen, die Erfüllung zu erzwingen. Hierbei ist das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel zum Anspruch zu beachten (insbesondere beim Vermögenszugriff). Ihr stehen dafür im Wege der Selbsthilfe folgende Mittel zur Verfügung (nach allgemeinem Völkerrecht)⁴³:

- Diplomatischer Druck: Proteste, Verhandlungen oder der Abbruch der Beziehungen sind die mildeste Form der Selbsthilfe.
- Wirtschaftlicher Druck: Hier sind Sanktionen wie Strafzölle, Importverbote oder Einstellen von Hilfslieferungen/-geldern möglich.
- Zugriff auf Vermögen: Dies ist nur möglich, wenn es sich um ein Leistungsurteil handelt. Die siegreiche Partei kann das im Land befindliche Vermögen des Gegners einziehen. Dies ist auch bei Vermögenswerten in Drittstaaten möglich, sofern dadurch die Interessen weiterer Staaten nicht beeinträchtigt werden. Drittstaaten sind zwar dazu nicht verpflichtet (Retorsionshandlungen sind daher möglich), doch kann eine Verhinderung der Urteilsdurchsetzung als unrechtmäßiges Verhalten angesehen werden.
- Militärisches Vorgehen: Bis 1945 waren auch militärische Aktionen bis hin zum Krieg vom Selbsthilferecht umfaßt. Da aber nach Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta Gewalt zur Durchsetzung eines Urteils verboten ist, bleibt lediglich mehr die Möglichkeit nach

⁴² Hermann Mosler, Der Internationale Gerichtshof, in: Bruno Simma (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 954f

⁴³ Karin Oellers-Frahm, Zur Vollstreckung der Entscheidungen internationaler Gerichte im Völkerrecht, in: 36 ZaöRV (1976) 656ff

Art. 51. UN-Charta, wobei jedoch die Mißachtung eines Urteils alleine mit Sicherheit kein ausreichender Anlaß ist ("armed attack").

Über diese (vor allem für kleinere Staaten unzureichenden) Möglichkeiten zur Selbsthilfe hinaus gibt es noch die Möglichkeit, die Entscheidung mit Hilfe von Internationalen Organen durchzusetzen:

- UNO: Gemäß Art. 94 Abs. 2 der Charta können sich beide Parteien an den Sicherheitsrat wenden. Dieser Artikel ist viel enger formuliert als der entsprechende in der Völkerbundsatzung (dieser ließ z. B. auch "eigenmächtiges" Eingreifen zu und hatte die **Pflicht** zum Vorschlagen von Maßnahmen; zur Beschränkung auf Urteile siehe auch 2.8.3). Der Sicherheitsrat ist kein Berufungsorgan und darf daher keine weitere Prüfung der Entscheidung vornehmen. Er kann jedoch in einem weiteren (politischen) Rahmen prüfen, ob ein Zwang bzw. welche Maßnahmen sinnvoll erscheinen (z. B. Einwendungen wegen Unmöglichkeit der Erfüllung). Der Sicherheitsrat kann unabhängig von einer Friedensgefährdung Maßnahmen gemäß Art. 41 der Charta ergreifen⁴⁴. Militärische Maßnahmen gem. Art. 42 sind jedoch nicht möglich. Dazu ist direkt ein Verfahren nach Art. 39 notwendig (Feststellung der Gefährdung oder Bruch des Friedens). Ein weiteres besonderes Problem ist, daß im Sicherheitsrat bei der Abstimmung über diese Maßnahmen die ständigen Mitglieder ein Vetorecht haben (keine Verfahrensfrage), auch wenn es sich bei Ihnen um die Staaten handelt, die belangt werden sollen. Dies trat durch die USA im Fall *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* auf, in dem ein Veto geplante Maßnahmen verhinderte. Dieser äußerst unbefriedigende Sachverhalt könnte wahrscheinlich nur durch eine Änderung von Art. 27 Abs. 3 der UN-Charta gelöst werden, auch wenn es sich hier um eine sehr umstrittene Frage handelt⁴⁵ (z. B. wird der Grundsatz *nemo iudex in re sua* angeführt, doch ist der Text der Charta in diesem Punkt klar und erlaubt keine Umgehungsversuche).
- Spezialorganisationen (Am Beispiel des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt): In diesem Abkommen sind die bisher am weitesten gehenden und effektivsten Maßnahmen zur Exekution vorgesehen⁴⁶. Es werden sowohl konkrete

⁴⁴ Hermann Mosler, Der Internationale Gerichtshof, in: Bruno Simma (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 956f

⁴⁵ Karin Oellers-Frahm, Zur Vollstreckung der Entscheidungen internationaler Gerichte im Völkerrecht, in: 36 ZaöRV (1976) 664f

⁴⁶ Karin Oellers-Frahm, Zur Vollstreckung der Entscheidungen internationaler Gerichte im Völkerrecht, in: 36 ZaöRV (1976) 670f

Folgen im voraus angegeben⁴⁷ als auch die Möglichkeit zur Verhinderung durch den Verurteilen ausgeschlossen⁴⁸. In diesem Fall haben Urteile des IGH also auch effektive Exekutionsmaßnahmen an ihrer Seite.

Die Exekution von Entscheidungen stellt heute noch ein großes Problem dar, da ein Vollstreckungsapparat fehlt. Darüber hinaus sind auch die zu ergreifenden Maßnahmen bis auf eine Ausnahme immer der Entscheidung einer Institution freigestellt, was eine Durchsetzung weiter erschwert. Um dem IGH den echten Charakter eines Internationalen Gerichtshofs zu verleihen, ist auch eine garantierte Durchsetzung der Urteile nötig. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß dies nicht nur mit großen praktischen Schwierigkeiten verbunden ist (Weltstaat?), sondern auch sicher zu einer sehr viel geringeren Bereitschaft führen würde, dem IGH einen Streitfall zu unterbreiten.

2.8.3 Der Sonderfall der einstweiligen Verfügungen

Im Fall von einstweiligen Verfügungen ist die Bindungswirkung umstritten⁴⁹. Dafür spricht, daß in der Verfahrensordnung (Art. 74, 76 und 77) von Entscheidungen "decisions" gesprochen wird, was in Verbindung mit Art. 59 des Statuts für eine Bindungswirkung spricht. Dagegen spricht, daß in Art. 75 der Verfahrensordnung nur davon die Rede ist, die Parteien sollten die Verfügungen annehmen oder befolgen ("ought to be taken or complied"). Da jedoch Einigkeit darüber besteht, daß ein Staat für die Nicht-Erfüllung einer einstweiligen Verfügung haftet, ist wahrscheinlich eine bindende Wirkung anzunehmen.

Von der Bindungswirkung ist die Verpflichtung zur Befolgung zu unterscheiden, die sehr umstritten ist. Dazu kommt noch, daß dazu keine Praxis besteht. Im einzigen Fall eines solchen Antrags wurde die Frage nicht beantwortet, da der IGH wegen mangelnder Zuständigkeit nicht entschied und der Antrag nicht auf Art. 94 der Charta gestützt wurde sondern auf die Art. 34 und 35⁵⁰. Der Grund dafür ist, daß eine Entscheidung ("decision")

⁴⁷ Art. 87 des Abkommens lautet: Each contracting State undertakes not to allow the operation of an airline of a contracting State through the airspace above its territory if the Council has decided that the airline concerned is not conforming to a final decision rendered in accordance with the previous Article.

⁴⁸ Art. 88 des Abkommens lautet: The Assembly shall suspend the voting power in the Assembly and in the Council of any contracting State that is found in default under the provisions of this Chapter.

⁴⁹ Karin Oellers-Frahm, Interim Measures of Protection, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 71

⁵⁰ Hermann Mosler, Der Internationale Gerichtshof, in: Bruno Simma (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 957

wohl kaum einem Urteil ("judgement") gleichzusetzen ist, die in Art. 94 Abs. 2 der Charta erwähnt werden⁵¹. Daß jedoch von Verfügungen der Sicherheitsrat unverzüglich zu unterrichten ist (Art. 41 Abs. 2 Statut), spricht für eine Verpflichtung.

3 Andere Gerichte der Vereinten Nationen

Neben dem Internationalen Gerichtshof existiert in der UN noch ein weiterer Gerichtshof, der für Streitigkeiten der Organisation mit ihren Beamten zuständig ist: der Verwaltungsgerichtshof. Andere Organe mit gerichtlichem Charakter existieren zur Zeit nicht, können aber jederzeit eingerichtet werden, auch wenn diese immer nur eine untergeordnete Rolle (IGH ist **Haupt**rechtsprechungsorgan) spielen könnten.

3.1 Der UN-Verwaltungsgerichtshof

Die Aufgabe des UN-Verwaltungsgerichtshofes (UN Administrative Tribunal) ist es, über Anträge von Beamten der Vereinten Nationen (und einigen anderen Personen mit bestimmten Voraussetzungen⁵²) wegen Verletzungen von allen Regeln (insbesondere der Arbeitsverträge und Pensionsregelungen) zu entscheiden. Der Gerichtshof besteht aus 7 Mitgliedern, die von der Generalversammlung für 3 Jahre gewählt werden. Ein Mitglied kann nur dann entlassen werden (automatische Wiederernennung), wenn alle anderen Richter zustimmen. In seinem Bereich ist der Verwaltungsgerichtshof ein unabhängiges Gericht, das endgültige Urteile erläßt. Der Gerichtshof wendet folgendes Recht an:

- Internes UN-Recht: Arbeitsvertrag, Regeln für Beamte, Verwaltungsvorschriften, ...
- Resolutionen der Generalversammlung
- UN Charta
- Allgemeine Rechtsgrundsätze

In Bezug auf die Rechtsgrundsätze ist jedoch anzumerken, daß der Gerichtshof nicht bereit ist, Lücken im UN-Recht durch einzelnes nationales Recht zu füllen.

⁵¹ Anderer Meinung *Hermann Mosler*, Der Internationale Gerichtshof, in: *Bruno Simma* (Hrsg.), Charta der Vereinten Nationen. Kommentar (München 1991) 954, der "Entscheidungen" und "Urteile" gleichsetzt, aber Verfügungen nicht erwähnt (nur Hauptsache, Schadenersatz und Schadenshöhe).

⁵² *Suzanne Bastid*, United Nations Administrative Tribunal, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 5 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 282

Der Gerichtshof entscheidet entweder auf Wiedereinstellung (bei Entlassung), bestimmtes Verhalten oder Entschädigung (max. 2 Jahresgehälter außer bei besonderen Umständen). Im Fall der Wiedereinstellung erhält der Generalsekretär das Recht, dies nicht zu tun und eine vorher vom Gericht zu bestimmende Entschädigung zu bezahlen.

Unter eingeschränkten Bedingungen ist auch eine Revision eines Urteils möglich.

3.2 Appelation gegen Urteile des UN-Verwaltungsgerichtshofes

Die Urteile des Verwaltungsgerichts sind zwar abschließend und endgültig, können jedoch noch einmal vom IGH überprüft werden. Dies erfolgt im Wege eines Gutachtens, das vom "Committee on Applications for Review of Administrative Tribunal Judgements" angefordert wird. Bei dem Komitee handelt es sich um einen politischen Körper, das aus Mitgliedern der UN Generalversammlung besteht und nicht den Charakter eines Gerichts besitzt. Einen Antrag an dieses Komitee dürfen der Generalsekretär, die vom Urteil betroffene Person oder ein Mitgliedsstaat stellen. Die Aufgabe des Komitees ist es zu prüfen, ob eine hinreichende Basis vorliegt und daher der IGH befaßt werden soll. Dies soll dazu dienen, durch eine Vorauswahl die Belastung des IGH gering zu halten. Es selbst wird sehr häufig angerufen, gibt aber nur höchst selten ein Gutachten in Auftrag.

Urteile können nur in den folgenden Fällen überprüft werden (und insbesondere nicht in inhaltlicher Hinsicht!⁵³):

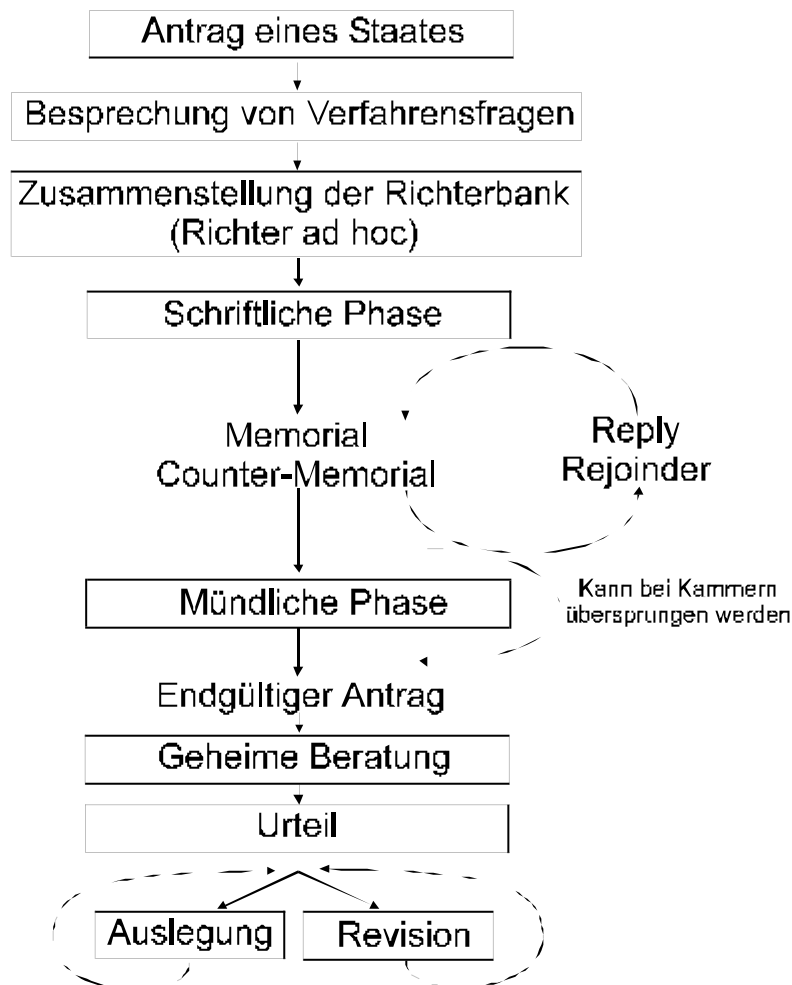
- Das Verwaltungsgericht hat seine Zuständigkeit überschritten oder fälschlich abgelehnt,
- es hat eine Rechtsfrage in Bezug auf die UN-Charta falsch ausgelegt oder
- hat einen fundamentalen Verfahrensfehler begangen, der einen Justizirrtum herbeiführte.

Da die Urteile des Verwaltungsgerichts endgültig sind, ist die Vollziehung des Gutachtens des IGH nur über Umwege möglich. Entweder führt der Generalsekretär einfach das Urteil des IGH aus oder der Verwaltungsgerichtshof muß zusammentreten, um sein ursprüngliches Urteil im Sinne der Entscheidung des IGH abzuändern.

⁵³ *Suzanne Bastid*, United Nations Administrative Tribunal, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), *EPIL 5* (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 186

4 Die Verfahrensordnung des IGH

Die Verfahrensordnung des IGH entspricht der anderer internationaler Gerichte., wobei das Verfahren in zwei Hauptphasen gegliedert ist: eine schriftliche Phase in der (eventuell in mehreren Runden) Dokumente ausgetauscht werden und eine mündliche Phase, in der eine öffentliche Verhandlung durchgeführt wird. Im folgenden Schaubild wird der Verfahrensablauf in groben Zügen dargestellt⁵⁴ und anschließend einige wichtige Punkte



gesondert erläutert:

4.1 Einleitung des Verfahrens und vorgängige Einwendungen

Wird ein Verfahren nur von einer Partei begonnen und beruft sich diese Partei nicht auf die obligatorische Zuständigkeit (z. B. nach einer Unterwerfungserklärung) sondern auf eine erst zu gebende Einwilligung, so wird der Streitfall nicht in die allgemeine Liste eingetragen und

⁵⁴ Nach der Verfahrensordnung in Karin Oellers-Frahm, Die Verfahrensordnung des Internationalen Gerichtshofes vom 14. April 1978, in: 18 AVR (1979/80) 321ff

nichts weiteres unternommen, bis sich der belangte Staat der Zuständigkeit unterworfen hat (Ausfluß der Souveränität: Über keinen Staat soll ohne seine Zustimmung gerichtet werden).

Vorgängige Einreden (preliminary objections) sind alle Einwendungen (außer in der Streitsache selbst), deren Effekt es sein würde, daß keine Erörterung der Sache selbst stattfindet⁵⁵. Im Hinblick auf die Zuständigkeit durch *forum prorogatum* (Siehe 2.5.2.1.2) ist zu sagen, daß preliminary objections **keine** Anerkennung der Zuständigkeit bilden⁵⁶, da sie nur Verfahrens- und Jurisdiktionsfragen betreffen.

4.2 Besprechung von Verfahrensfragen und Veränderungsvorschläge der Parteien

Gemäß Art. 31 der Verfahrensordnung hat der Präsident mit den Vertretern der Parteien das Verfahren zu besprechen und deren Ansichten festzustellen. Dies hat so früh wie möglich zu geschehen und wann immer es für nötig gehalten wird.

Dies ist im Hinblick auf Art. 101 wichtig, nach dem die Parteien gemeinsam Änderungen am Verfahrensablauf vorschlagen können. Die Entscheidung darüber obliegt jedoch dem Gerichtshof oder der Kammer.

4.3 Schriftliche Phase

Der Hauptteil des Verfahrens besteht aus der schriftlichen Phase, die aus dem Austausch von Schriftstücken besteht. Je nach dem Verfahren, über das die Parteien übereingekommen sind, werden diese gleichzeitig oder hintereinander abgegeben. Wird die Ablieferung hintereinander verwendet, ergibt sich ein mehr Streitiges Verfahren (Ankläger und Verteidiger), als wenn beide Parteien zum selben Zeitpunkt ihre Standpunkte absenden (einvernehmliche Streitschlichtung). Die ausgetauschten Dokumente enthalten sowohl eine Erläuterung der Fakten, die rechtlichen Standpunkte als auch die Anträge der Partei und im Anhang alle Beweise⁵⁷. Bei den Anträgen handelt es sich um detaillierte Formulierungen, wie sich die Partei den Urteilsspruch vorstellt (Der Gerichtshof kann diese verwenden, ist aber nicht daran gebunden; Siehe 2.5.2.5). Früher waren 2 Durchgänge üblich (Memorial, Counter-

⁵⁵ H. W. A. Thirlway, Preliminary Objections, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 179

⁵⁶ H. W. A. Thirlway, Preliminary Objections, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 182

⁵⁷ H. W. A. Thirlway, Procedure of International Courts and Tribunals, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 185

Memorial, Reply, Rejoinder), während aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung heute nur mehr ein Durchgang üblich ist, aber der Gerichtshof auch beliebig viele weitere zulassen kann.

4.4 Mündliche Phase

An die schriftliche Phase schließt sich die mündliche an, die im Falle einer Kammer auch ausfallen kann (Art. 92 Abs. 3 Verfahrensordnung). Die Staaten werden hier von Anwälten vertreten, die sich von Beratern unterstützen lassen können. Sowohl die schriftlichen wie auch die mündliche Phase sind öffentlich. Die Öffentlichkeit kann jedoch auf Antrag der Parteien durch den Gerichtshof ausgeschlossen werden. In der mündlichen Phase sind Zeugen und Sachverständige zu vernehmen, auch wenn dies bisher nur sehr selten der Fall war. Neue Beweismittel sind jedoch nur in Ausnahmen zulässig (Art. 52 Statut, Art. 56 Verfahrensordnung). In dieser Phase zeigt sich ein Problem, das für die internationale Gerichtsbarkeit typisch ist: Obwohl die wichtigen Standpunkte bereits in der schriftlichen Phase ausgetauscht wurden, wird jeder einzelne Punkt in der mündlichen Phase ausführlich wiederholt und schließlich im endgültigen Antrag noch einmal zusammengefaßt. Dies steht zwar im Gegensatz zur Verfahrensordnung (Art. 60), wird aber immer so gehandhabt⁵⁸.

4.5 Sonderfälle: Intervention von Drittstaaten und einstweilige Verfügungen

Diese beiden Sonderfälle sind unabhängig vom Gang des Verfahrens und können jederzeit bis zum Urteil beantragt werden.

Drittstaaten können an einem Verfahren unter zwei Voraussetzungen teilnehmen⁵⁹:

- Wenn ein Staat in seinen rechtlichen Interessen vom Urteil betroffen werden könnte.
- Wenn der Abschluß eines multilateralen Vertrages Streitgegenstand ist, sind alle Staaten zu informieren, die Partei des Vertrages sind. Diese haben das Recht zur Intervention.

Nimmt ein Drittstaat am Verfahren teil, so ist das Urteil auch für ihn verbindlich.

Einstweilige Verfügungen (Art. 41 Statut und Art. 73-78 Verfahrensordnung) sollen dazu dienen, daß nicht eine Streitpartei die Ausführung eines etwaigen Urteils durch bestimmte

⁵⁸ H. W. A. Thirlway, Procedure of International Courts and Tribunals, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 185

⁵⁹ H. W. A. Thirlway, Procedure of International Courts and Tribunals, in: *Rudolf Bernhardt* (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 186

Handlungen unmöglich macht. Sie sind nur möglich, wenn irreparable Schäden drohen (Nicht bei einfacher Behebung oder wenn der Schaden unwahrscheinlich oder nicht unmittelbar drohend ist)⁶⁰. Ein Problem stellt dar, daß es beim IGH meistens relativ lange dauert, bis die Zuständigkeit festgestellt ist. Es ist daher fraglich, ob vor diesem Zeitpunkt einstweilige Verfügungen möglich sind oder nicht, da diese nur bei gegebener Zuständigkeit erlaubt sind, auch wenn ein dringender Bedarf danach besteht⁶¹. Zur Bindungswirkung von einstweiligen Verfügungen siehe auch 2.8.3.

4.6 Urteilsauslegung und Wiederaufnahme von Verfahren

Sowohl eine einzelne als auch beide Parteien gemeinsam können eine Auslegung des Urteils beantragen. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß ausschließlich die bereits erfolgte Entscheidung erläutert wird und über keine zusätzlichen Punkte entschieden wird. Darüber hinaus bleibt auch der Originaltext verbindlich und die Auslegung ändert nichts daran⁶².

Die Wiederaufnahme ist nur unter besonderen Umständen möglich (Art. 61 Statut):

- Eine neue entscheidende Tatsache, die nicht aufgrund eines Fehlers der antragstellenden Partei unbekannt war, muß vorgebracht werden,
- und dies spätestens 6 Monate nach Entdeckung des Faktes geschehen,
- und zwar insgesamt nicht länger als 10 Jahre nach dem Urteil.

Die Wiederaufnahme kann vom Gerichtshof davon abhängig gemacht werden, daß der Antragsteller daß (alte) Urteil erfüllt (Art. 99 Abs. 5 Verfahrensordnung).

Sowohl für den Fall der Urteilsauslegung als auch der Wiederaufnahme ist kein festes Verfahren vorgesehen, sondern der Gerichtshof legt das ihm sinnvoll erscheinende Verfahren fest⁶³.

⁶⁰ Karin Oellers-Frahm, Interim Measures of Protection, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 70

⁶¹ In Karin Oellers-Frahm, Interim Measures of Protection, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 70 werden fünf verschiedene Ansätze präsentiert, es gibt jedoch keine Einigkeit.

⁶² Hans-Jürgen Schlochauer, International Court of Justice, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 86

⁶³ Hans-Jürgen Schlochauer, International Court of Justice, in: Rudolf Bernhardt (Hrsg.), EPIL 1 (Amsterdam-New York-Oxford 1981) 86: Das Revisionsverfahren ist in allen Phasen gleich dem normalen Verfahren. Dem steht jedoch Art. 99 Abs. 4 Verfahrensordnung entgegen: "If the court finds that the application is admissible it

5 Gutachten des IGH auf Antrag von Organen der UN⁶⁴

- Legality of the threat or use of nuclear weapons (UN General Assembly)
- Applicability of Article VI, Section 22, of the Convention on the Privileges and Immunities of the UN (Economic and Social Council)
- Applicability of the Obligation to Arbitrate under Section 21 of the United Nations Headquarters Agreement of 26 June 1947 (UN General Assembly)
- Application for Review of Judgement No. 333 of the UN Administrative Tribunal (Committee on Applications for Review of Administrative Tribunal Judgements)
- Application for Review of Judgement No. 273 of the UN Administrative Tribunal (Committee on Applications for Review of Administrative Tribunal Judgements)
- Western Sahara (UN General Assembly)
- Application for Review of Judgement No. 158 of the UN Administrative Tribunal (UN General Assembly)
- Certain Expenses of the United Nations (UN General Assembly)
- Effect of Awards of Compensation Made by the UN Administrative Tribunal (UN General Assembly)
- Reservations to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (UN General Assembly)
- Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South West Africa) notwithstanding Security Council Resolution 276 (1970) (Security Council)
- Admissibility of Hearings of Petitioners by the Committee on South West Africa (UN General Assembly)
- Voting Procedure on Questions relating to Reports and Petitions concerning the Territory of South West Africa (UN General Assembly)
- International Status of South West Africa (UN General Assembly)
- Interpretation of Peace Treaties with Bulgaria, Hungary and Romania (UN General Assembly)

shall fix time-limits for such further proceedings on the merits of the application as, after ascertaining the views of the parties, it considers necessary."

⁶⁴ Stand: April 1998

- Reparation for Injuries Suffered in the Service of the United Nations (UN General Assembly)
- Competence of the General Assembly for the Admission of a State to the UN (UN General Assembly)
- Conditions of Admission of a State to Membership in the UN (Article 4 of the Charter) (UN General Assembly)

6 Verfahren vor dem IGH mit Beteiligung der USA⁶⁵

- Vienna Convention on Consular Relations (Paraguay v. USA)
- Oil Platforms (Islamic Republic of Iran v. USA)
- Questions of Interpretation and Application of the 1971 Montreal Convention arising from the Aerial Incident at Lockerbie (Libyan Arab Jamahiriya v. USA)
- Aerial Incident of 3 July 1988 (Islamic Republic of Iran v. USA)
- Elettronica Sicula S.p.A. (ELSI) (USA v. Italy)
- Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. USA)
- Delimitation of the Maritime Boundary in the Gulf of Maine Area (Canada/USA)
- USA Diplomatic and Consular Staff in Tehran (USA v. Iran)
- Aerial Incident of 27 July 1955 (USA v. Bulgaria)
- Interhandel (Switzerland v. USA)
- Aerial Incident of 7 November 1954 (USA v. USSR)
- Aerial Incident of 4 September 1954 (USA v. USSR)
- Aerial Incident of 7 October 1952 (USA v. USSR)
- Aerial Incident of 10 March 1953 (USA v. Czechoslovakia)
- Treatment in Hungary of Aircraft and Crew of the USA (USA v. Hungary; USA v. USSR)
- Monetary Gold Removed from Rome in 1943 (Italy v. France, United Kingdom and USA)
- Rights of Nationals of the USA in Morocco (France v. USA)

⁶⁵ Stand: April 1998

Anhang I: UN-Charta Kapitel XIV:

The International Court of Justice (Art. 92-96)⁶⁶

Article 92

The International Court of Justice shall be the principal judicial organ of the United Nations. It shall function in accordance with the annexed Statute, which is based upon the Statute of the Permanent Court of International Justice and forms an integral part of the present Charter.

Article 93

1. All Members of the United Nations are ipso facto parties to the Statute of the International Court of Justice.
2. A state which is not a Member of the United Nations may become a party to the Statute of the International Court of Justice on conditions to be determined in each case by the General Assembly upon the recommendation of the Security Council.

Article 94

1. Each Member of the United Nations undertakes to comply with the decision of the International Court of Justice in any case to which it is a party.
2. If any party to a case fails to perform the obligations incumbent upon it under a judgment rendered by the Court, the other party may have recourse to the Security Council, which may, if it deems necessary, make recommendations or decide upon measures to be taken to give effect to the judgment.

Article 95

Nothing in the present Charter shall prevent Members of the United Nations from entrusting the solution of their differences to other tribunals by virtue of agreements already in existence or which may be concluded in the future.

Article 96

1. The General Assembly or the Security Council may request the International Court of Justice to give an advisory opinion on any legal question.
2. Other organs of the United Nations and specialized agencies, which may at any time be so authorized by the General Assembly, may also request advisory opinions of the Court on legal questions arising within the scope of their activities.

⁶⁶ UN Department of Public Information, The International Court of Justice in: <http://www.un.org/Overview/Organs/icj.html> (April 98)

Anhang II: Statut des IGH⁶⁷

Article 1

The International Court of Justice established by the Charter of the United Nations as the principal judicial organ of the United Nations shall be constituted and shall function in accordance with the provisions of the present Statute.

CHAPTER I: ORGANIZATION OF THE COURT

Article 2

The Court shall be composed of a body of independent judges, elected regardless of their nationality from among persons of high moral character, who possess the qualifications required in their respective countries for appointment to the highest judicial offices, or are jurisconsults of recognized competence in international law.

Article 3

1. The Court shall consist of fifteen members, no two of whom may be nationals of the same state.
2. A person who for the purposes of membership in the Court could be regarded as a national of more than one state shall be deemed to be a national of the one in which he ordinarily exercises civil and political rights.

Article 4

1. The members of the Court shall be elected by the General Assembly and by the Security Council from a list of persons nominated by the national groups in the Permanent Court of Arbitration, in accordance with the following provisions.
2. In the case of Members of the United Nations not represented in the Permanent Court of Arbitration, candidates shall be nominated by national groups appointed for this purpose by their governments under the same conditions as those prescribed for members of the Permanent Court of Arbitration by Article 44 of the Convention of The Hague of 1907 for the pacific settlement of international disputes.
3. The conditions under which a state which is a party to the present Statute but is not a Member of the United Nations may participate in electing the members of the Court shall, in the absence of a special agreement, be laid down by the General Assembly upon recommendation of the Security Council.

⁶⁷ *Registry of the Court*, International Court of Justice – Cour internationale de Justice in: <http://www.icj-cij.org/> (April 98)

Article 5

1. At least three months before the date of the election, the Secretary-General of the United Nations shall address a written request to the members of the Permanent Court of Arbitration belonging to the states which are parties to the present Statute, and to the members of the national groups appointed under Article 4, paragraph 2, inviting them to undertake, within a given time, by national groups, the nomination of persons in a position to accept the duties of a member of the Court.
2. No group may nominate more than four persons, not more than two of whom shall be of their own nationality. In no case may the number of candidates nominated by a group be more than double the number of seats to be filled.

Article 6

Before making these nominations, each national group is recommended to consult its highest court of justice, its legal faculties and schools of law, and its national academies and national sections of international academies devoted to the study of law.

Article 7

1. The Secretary-General shall prepare a list in alphabetical order of all the persons thus nominated. Save as provided in Article 12, paragraph 2, these shall be the only persons eligible.
2. The Secretary-General shall submit this list to the General Assembly and to the Security Council.

Article 8

The General Assembly and the Security Council shall proceed independently of one another to elect the members of the Court.

Article 9

At every election, the electors shall bear in mind not only that the persons to be elected should individually possess the qualifications required, but also that in the body as a whole the representation of the main forms of civilization and of the principal legal systems of the world should be assured.

Article 10

1. Those candidates who obtain an absolute majority of votes in the General Assembly and in the Security Council shall be considered as elected.
2. Any vote of the Security Council, whether for the election of judges or for the appointment of members of the conference envisaged in Article 12, shall be taken without any distinction between permanent and non-permanent members of the Security Council.
3. In the event of more than one national of the same state obtaining an absolute majority of the votes both of the General Assembly and of the Security Council, the eldest of these only shall be considered as elected.

Article 11

If, after the first meeting held for the purpose of the election, one or more seats remain to be filled, a second and, if necessary, a third meeting shall take place.

Article 12

1. If, after the third meeting, one or more seats still remain unfilled, a joint conference consisting of six members, three appointed by the General Assembly and three by the Security Council, may be formed at any time at the request of either the General Assembly or the Security Council, for the purpose of choosing by the vote of an absolute majority one name for each seat still vacant, to submit to the General Assembly and the Security Council for their respective acceptance.
2. If the joint conference is unanimously agreed upon any person who fulfills the required conditions, he may be included in its list, even though he was not included in the list of nominations referred to in Article 7.
3. If the joint conference is satisfied that it will not be successful in procuring an election, those members of the Court who have already been elected shall, within a period to be fixed by the Security Council, proceed to fill the vacant seats by selection from among those candidates who have obtained votes either in the General Assembly or in the Security Council.
4. In the event of an equality of votes among the judges, the eldest judge shall have a casting vote.

Article 13

1. The members of the Court shall be elected for nine years and may be re-elected; provided, however, that of the judges elected at the first election, the terms of five judges shall expire at the end of three years and the terms of five more judges shall expire at the end of six years.
2. The judges whose terms are to expire at the end of the above-mentioned initial periods of three and six years shall be chosen by lot to be drawn by the Secretary-General immediately after the first election has been completed.
3. The members of the Court shall continue to discharge their duties until their places have been filled. Though replaced, they shall finish any cases which they may have begun.
4. In the case of the resignation of a member of the Court, the resignation shall be addressed to the President of the Court for transmission to the Secretary-General. This last notification makes the place vacant.

Article 14

Vacancies shall be filled by the same method as that laid down for the first election subject to the following provision: the Secretary-General shall, within one month of the occurrence of the vacancy, proceed to issue the invitations provided for in Article 5, and the date of the election shall be fixed by the Security Council.

Article 15

A member of the Court elected to replace a member whose term of office has not expired shall hold office for the remainder of his predecessor's term.

Article 16

1. No member of the Court may exercise any political or administrative function, or engage in any other occupation of a professional nature.
2. Any doubt on this point shall be settled by the decision of the Court.

Article 17

1. No member of the Court may act as agent, counsel, or advocate in any case.
2. No member may participate in the decision of any case in which he has previously taken part as agent, counsel, or advocate for one of the parties, or as a member of a national or international court, or of a commission of enquiry, or in any other capacity.
3. Any doubt on this point shall be settled by the decision of the Court.

Article 18

1. No member of the Court can be dismissed unless, in the unanimous opinion of the other members, he has ceased to fulfill the required conditions.
2. Formal notification thereof shall be made to the Secretary-General by the Registrar.
3. This notification makes the place vacant.

Article 19

The members of the Court, when engaged on the business of the Court, shall enjoy diplomatic privileges and immunities.

Article 20

Every member of the Court shall, before taking up his duties, make a solemn declaration in open court that he will exercise his powers impartially and conscientiously.

Article 21

1. The Court shall elect its President and Vice-President for three years; they may be re-elected.
2. The Court shall appoint its Registrar and may provide for the appointment of such other officers as may be necessary.

Article 22

1. The seat of the Court shall be established at The Hague. This, however, shall not prevent the Court from sitting and exercising its functions elsewhere whenever the Court considers it desirable.
2. The President and the Registrar shall reside at the seat of the Court.

Article 23

1. The Court shall remain permanently in session, except during the judicial vacations, the dates and duration of which shall be fixed by the Court.
2. Members of the Court are entitled to periodic leave, the dates and duration of which shall be fixed by the Court, having in mind the distance between The Hague and the home of each judge.
3. Members of the Court shall be bound, unless they are on leave or prevented from attending by illness or other serious reasons duly explained to the President, to hold themselves permanently at the disposal of the Court.

Article 24

1. If, for some special reason, a member of the Court considers that he should not take part in the decision of a particular case, he shall so inform the President.
2. If the President considers that for some special reason one of the members of the Court should not sit in a particular case, he shall give him notice accordingly.
3. If in any such case the member Court and the President disagree, the matter shall be settled by the decision of the Court.

Article 25

1. The full Court shall sit except when it is expressly provided otherwise in the present Statute.
2. Subject to the condition that the number of judges available to constitute the Court is not thereby reduced below eleven, the Rules of the Court may provide for allowing one or more judges, according to circumstances and in rotation, to be dispensed from sitting.
3. A quorum of nine judges shall suffice to constitute the Court.

Article 26

1. The Court may from time to time form one or more chambers, composed of three or more judges as the Court may determine, for dealing with particular categories of cases; for example, labour cases and cases relating to transit and communications.
2. The Court may at any time form a chamber for dealing with a particular case. The number of judges to constitute such a chamber shall be determined by the Court with the approval of the parties.
3. Cases shall be heard and determined by the chambers provided for in this article if the parties so request.

Article 27

A judgment given by any of the chambers provided for in Articles 26 and 29 shall be considered as rendered by the Court.

Article 28

The chambers provided for in Articles 26 and 29 may, with the consent of the parties, sit and exercise their functions elsewhere than at The Hague.

Article 29

With a view to the speedy dispatch of business, the Court shall form annually a chamber composed of five judges which, at the request of the parties, may hear and determine cases by summary procedure. In addition, two judges shall be selected for the purpose of replacing judges who find it impossible to sit.

Article 30

1. The Court shall frame rules for carrying out its functions. In particular, it shall lay down rules of procedure.
2. The Rules of the Court may provide for assessors to sit with the Court or with any of its chambers, without the right to vote.

Article 31

1. Judges of the nationality of each of the parties shall retain their right to sit in the case before the Court.
2. If the Court includes upon the Bench a judge of the nationality of one of the parties, any other party may choose a person to sit as judge. Such person shall be chosen preferably from among those persons who have been nominated as candidates as provided in Articles 4 and 5.
3. If the Court includes upon the Bench no judge of the nationality of the parties, each of these parties may proceed to choose a judge as provided in paragraph 2 of this Article.
4. The provisions of this Article shall apply to the case of Articles 26 and 29. In such cases, the President shall request one or, if necessary, two of the members of the Court forming the chamber to give place to the members of the Court of the nationality of the parties concerned, and, failing such, or if they are unable to be present, to the judges specially chosen by the parties.
5. Should there be several parties in the same interest, they shall, for the purpose of the preceding provisions, be reckoned as one party only. Any doubt upon this point shall be settled by the decision of the Court.
6. Judges chosen as laid down in paragraphs 2, 3, and 4 of this Article shall fulfil the conditions required by Articles 2, 17 (paragraph 2), 20, and 24 of the present Statute. They shall take part in the decision on terms of complete equality with their colleagues.

Article 32

1. Each member of the Court shall receive an annual salary.
2. The President shall receive a special annual allowance.
3. The Vice-President shall receive a special allowance for every day on which he acts as President.
4. The judges chosen under Article 31, other than members of the Court, shall receive compensation for each day on which they exercise their functions.
5. These salaries, allowances, and compensation shall be fixed by the General Assembly. They may not be decreased during the term of office.
6. The salary of the Registrar shall be fixed by the General Assembly on the proposal of the Court.
7. Regulations made by the General Assembly shall fix the conditions under which retirement pensions may be given to members of the Court and to the Registrar, and the conditions under which members of the Court and the Registrar shall have their travelling expenses refunded.
8. The above salaries, allowances, and compensation shall be free of all taxation.

Article 33

The expenses of the Court shall be borne by the United Nations in such a manner as shall be decided by the General Assembly.

CHAPTER II: COMPETENCE OF THE COURT

Article 34

1. Only states may be parties in cases before the Court.
2. The Court, subject to and in conformity with its Rules, may request of public international organizations information relevant to cases before it, and shall receive such information presented by such organizations on their own initiative.
3. Whenever the construction of the constituent instrument of a public international organization or of an international convention adopted thereunder is in question in a case before the Court, the Registrar shall so notify the public international organization concerned and shall communicate to it copies of all the written proceedings.

Article 35

1. The Court shall be open to the states parties to the present Statute.
2. The conditions under which the Court shall be open to other states shall, subject to the special provisions contained in treaties in force, be laid down by the Security Council, but in no case shall such conditions place the parties in a position of inequality before the Court.
3. When a state which is not a Member of the United Nations is a party to a case, the Court shall fix the amount which that party is to contribute towards the expenses of the Court. This provision shall not apply if such state is bearing a share of the expenses of the Court

Article 36

1. The jurisdiction of the Court comprises all cases, which the parties refer to it and all matters specially provided for in the Charter of the United Nations or in treaties and conventions in force.
2. The states parties to the present Statute may at any time declare that they recognize as compulsory ipso facto and without special agreement, in relation to any other state accepting the same obligation, the jurisdiction of the Court in all legal disputes concerning:
 - a. the interpretation of a treaty;
 - b. any question of international law;
 - c. the existence of any fact which, if established, would constitute a breach of an international obligation;
 - d. the nature or extent of the reparation to be made for the breach of an international obligation.
3. The declarations referred to above may be made unconditionally or on condition of reciprocity on the part of several or certain states, or for a certain time.
4. Such declarations shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit copies thereof to the parties to the Statute and to the Registrar of the Court.
5. Declarations made under Article 36 of the Statute of the Permanent Court of International Justice and which are still in force shall be deemed, as between the parties to the present Statute, to be acceptances of the compulsory jurisdiction of the International Court of Justice for the period which they still have to run and in accordance with their terms.
6. In the event of a dispute as to whether the Court has jurisdiction, the matter shall be settled by the decision of the Court.

Article 37

Whenever a treaty or convention in force provides for reference of a matter to a tribunal to have been instituted by the League of Nations, or to the Permanent Court of International Justice, the matter shall, as between the parties to the present Statute, be referred to the International Court of Justice.

Article 38

1. The Court, whose function is to decide in accordance with international law such disputes as are submitted to it, shall apply:
 - a. international conventions, whether general or particular, establishing rules expressly recognized by the contesting states;
 - b. international custom, as evidence of a general practice accepted as law;
 - c. the general principles of law recognized by civilized nations;
 - d. subject to the provisions of Article 59, judicial decisions and the teachings of the most highly qualified publicists of the various nations, as subsidiary means for the determination of rules of law.
2. This provision shall not prejudice the power of the Court to decide a case *ex aequo et bono*, if the parties agree thereto.

CHAPTER III: PROCEDURE

Article 39

1. The official languages of the Court shall be French and English. If the parties agree that the case shall be conducted in French, the judgment shall be delivered in French. If the parties agree that the case shall be conducted in English, the judgment shall be delivered in English.
2. In the absence of an agreement as to which language shall be employed, each party may, in the pleadings, use the language which it prefers; the decision of the Court shall be given in French and English. In this case the Court shall at the same time determine which of the two texts shall be considered as authoritative.
3. The Court shall, at the request of any party, authorize a language other than French or English to be used by that party.

Article 40

1. Cases are brought before the Court, as the case may be, either by the notification of the special agreement or by a written application addressed to the Registrar. In either case the subject of the dispute and the parties shall be indicated.
2. The Registrar shall forthwith communicate the application to all concerned.
3. He shall also notify the Members of the United Nations through the Secretary-General, and also any other states entitled to appear before the Court.

Article 41

1. The Court shall have the power to indicate, if it considers that circumstances so require, any provisional measures which ought to be taken to preserve the respective rights of either party.
2. Pending the final decision, notice of the measures suggested shall forthwith be given to the parties and to the Security Council

Article 42

1. The parties shall be represented by agents.
2. They may have the assistance of counsel or advocates before the Court.
3. The agents, counsel, and advocates of parties before the Court shall enjoy the privileges and immunities necessary to the independent exercise of their duties.

Article 43

1. The procedure shall consist of two parts: written and oral.
2. The written proceedings shall consist of the communication to the Court and to the parties of memorials, counter-memorials and, if necessary, replies; also all papers and documents in support.
3. These communications shall be made through the Registrar, in the order and within the time fixed by the Court.
4. A certified copy of every document produced by one party shall be communicated to the other party.
5. The oral proceedings shall consist of the hearing by the Court of witnesses, experts, agents, counsel, and advocates.

Article 44

1. For the service of all notices upon persons other than the agents, counsel, and advocates, the Court shall apply direct to the government of the state upon whose territory the notice has to be served.
2. The same provision shall apply whenever steps are to be taken to procure evidence on the spot.

Article 45

The hearing shall be under the control of the President or, if he is unable to preside, of the Vice-President; if neither is able to preside, the senior judge present shall preside.

Article 46

The hearing in Court shall be public, unless the Court shall decide otherwise, or unless the parties demand that the public be not admitted .

Article 47

1. Minutes shall be made at each hearing and signed by the Registrar and the President.
2. These minutes alone shall be authentic.

Article 48

The Court shall make orders for the conduct of the case, shall decide the form and time in which each party must conclude its arguments, and make all arrangements connected with the taking of evidence.

Article 49

The Court may, even before the hearing begins, call upon the agents to produce any document or to supply any explanations. Formal note shall be taken of any refusal.

Article 50

The Court may, at any time, entrust any individual, body, bureau, commission, or other organization that it may select, with the task of carrying out an enquiry or giving an expert opinion.

Article 51

During the hearing any relevant questions are to be put to the witnesses and experts under the conditions laid down by the Court in the rules of procedure referred to in Article 30.

Article 52

After the Court has received the proofs and evidence within the time specified for the purpose, it may refuse to accept any further oral or written evidence that one party may desire to present unless the other side consents.

Article 53

1. Whenever one of the parties does not appear before the Court, or fails to defend its case, the other party may call upon the Court to decide in favour of its claim.
2. The Court must, before doing so, satisfy itself, not only that it has jurisdiction in accordance with Articles 36 and 37, but also that the claim is well founded in fact and law.

Article 54

1. When, subject to the control of the Court, the agents, counsel, and advocates have completed their presentation of the case, the President shall declare the hearing closed.
2. The Court shall withdraw to consider the judgment.
3. The deliberations of the Court shall take place in private and remain secret.

Article 55

1. All questions shall be decided by a majority of the judges present.
2. In the event of an equality of votes, the President or the judge who acts in his place shall have a casting vote.

Article 56

1. The judgment shall state the reasons on which it is based.
2. It shall contain the names of the judges who have taken part in the decision.

Article 57

If the judgment does not represent in whole or in part the unanimous opinion of the judges, any judge shall be entitled to deliver a separate opinion.

Article 58

The judgment shall be signed by the President and by the Registrar. It shall be read in open court, due notice having been given to the agents.

Article 59

The decision of the Court has no binding force except between the parties and in respect of that particular case.

Article 60

The judgment is final and without appeal. In the event of dispute as to the meaning or scope of the judgment, the Court shall construe it upon the request of any party.

Article 61

1. An application for revision of a judgment may be made only when it is based upon the discovery of some fact of such a nature as to be a decisive factor, which fact was, when the judgment was given, unknown to the Court and also to the party claiming revision, always provided that such ignorance was not due to negligence.
2. The proceedings for revision shall be opened by a judgment of the Court expressly recording the existence of the new fact, recognizing that it has such a character as to lay the case open to revision, and declaring the application admissible on this ground.
3. The Court may require previous compliance with the terms of the judgment before it admits proceedings in revision.
4. The application for revision must be made at latest within six months of the discovery of the new fact.
5. No application for revision may be made after the lapse of ten years from the date of the judgment.

Article 62

1. Should a state consider that it has an interest of a legal nature which may be affected by the decision in the case, it may submit a request to the Court to be permitted to intervene.
2. It shall be for the Court to decide upon this request.

Article 63

1. Whenever the construction of a convention to which states other than those concerned in the case are parties is in question, the Registrar shall notify all such states forthwith.
2. Every state so notified has the right to intervene in the proceedings; but if it uses this right, the construction given by the judgment will be equally binding upon it.

Article 64

Unless otherwise decided by the Court, each party shall bear its own costs.

CHAPTER IV: ADVISORY OPINIONS**Article 65**

1. The Court may give an advisory opinion on any legal question at the request of whatever body may be authorized by or in accordance with the Charter of the United Nations to make such a request.
2. Questions upon which the advisory opinion of the Court is asked shall be laid before the Court by means of a written request containing an exact statement of the question upon which an opinion is required, and accompanied by all documents likely to throw light upon the question.

Article 66

1. The Registrar shall forthwith give notice of the request for an advisory opinion to all states entitled to appear before the Court.
2. The Registrar shall also, by means of a special and direct communication, notify any state entitled to appear before the Court or international organization considered by the Court, or, should it not be sitting, by the President, as likely to be able to furnish information on the question, that the Court will be prepared to receive, within a time limit to be fixed by the President, written statements, or to hear, at a public sitting to be held for the purpose, oral statements relating to the question.
3. Should any such state entitled to appear before the Court have failed to receive the special communication referred to in paragraph 2 of this Article, such state may express a desire to submit a written statement or to be heard; and the Court will decide.
4. States and organizations having presented written or oral statements or both shall be permitted to comment on the statements made by other states or organizations in the form, to the extent, and within the time limits which the Court, or, should it not be sitting, the President, shall decide in each particular case. Accordingly, the Registrar shall in due time communicate any such written statements to states and organizations having submitted similar statements.

Article 67

The Court shall deliver its advisory opinions in open court, notice having been given to the Secretary-General and to the representatives of Members of the United Nations, of other states and of international organizations immediately concerned.

Article 68

In the exercise of its advisory functions the Court shall further be guided by the provisions of the present Statute which apply in contentious cases to the extent to which it recognizes them to be applicable.

CHAPTER V: AMENDMENT**Article 69**

Amendments to the present Statute shall be effected by the same procedure as is provided by the Charter of the United Nations for amendments to that Charter, subject however to any provisions which the General Assembly upon recommendation of the Security Council may adopt concerning the participation of states which are parties to the present Statute but are not Members of the United Nations.

Article 70

The Court shall have power to propose such amendments to the present Statute as it may deem necessary, through written communications to the Secretary-General, for consideration in conformity with the provisions of Article 69.